



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/134

13. Juni 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Ein öffentlicher Skandal - Minister Albertz zum Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen	S.1
Der Schlag gegen das japanische Politbüro	S.3
Das lohnende Ziel - Beitrag zur Europa-Diskussion	S.4
Die Demokratie des NWDR	S.5

Ein öffentlicher Skandal

Von Staatsminister Pastor Heinrich Albertz

Ich muss gestehen, dass ich schon einige Befürchtungen für den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen hatte. Ich erinnere mich gewisser Vorgänge bei der Bundestagswahl, und ich erinnere mich dessen, dass es eine typisch deutsche Eigenschaft ist, aus jeder nüchternen und absolut diesseitigen politischen Auseinandersetzung einen Religionskrieg zu machen. Aber als ich am vergangenen Sonnabend vom Ausland kommend nach Nordrhein-Westfalen hereinfuhr, und dann in vier Versammlungen - meistens mit Vertriebenen, Ausgebombten und Arbeitern - erlebte, wie man dieses arme, irrefegleitete Volk nun wieder mit Hilfe der Kanzeln beider Kirchen von einer echten politischen Entscheidung ablenkt auf eine angeblich weltanschauliche Auseinandersetzung, war es mir klar, dass ich in diesen Tagen noch einmal zu einer grösseren Öffentlichkeit reden musste. Ich fühlte mich dazu als ein evangelischer Pfarrer und Christ einfach verpflichtet, zutiefst erschrocken über eine Entwicklung, welche hearscharf auf einen Tatbestand zuläuft, den wir im Raume der echten Kirche Jesu Christi jedenfalls immer im Sinne des 2. Gebotes als Gotteslästerung bezeichnet haben.

Der Missbrauch des für den grössten Teil der Deutschen heiligen Namen Gottes und Christi durch eine politische Partei zugunsten ganz eigensüchtiger parteipolitischer Zwecke ist nichts weiter als ein öffentlicher Skandal. Es sollten sich die wirklich ernstesten Christen in beiden Kirchen überlegen, ob man nicht an einige Bundestagsabgeordnete mit der Bitte herantreten sollte, ein Bundesgesetz zu beantragen, das bei

Strafe des Gefängnisses verbietet, religiöse Begriffe zugunsten politischer Zwecke zu missbrauchen. In der Türkei gibt es ein solches Gesetz. Dort wird jeder mit Zuchthaus bestraft, der den Namen Allahs in politischen Versammlungen nennt. Mir scheint, die Türken wohnen dem wahren Gott ein Stück näher als die angeblichen Christen in Nordrhein-Westfalen!

Es ist wirklich bitter ernst! Wenn an den Laternenpfählen und Litfassküllen die Wahlplakate kleben mit der schönen Inschrift: "Dieses Land muss christlich bleiben", und man gleichzeitig weiss, wer diese Wahlplakate bezahlt, nämlich die Rheinisch-Westfälische Schwerindustrie und man gleichzeitig weiss, wie im Augenblick in Bonn hinter den Kulissen um die einfachsten Voraussetzungen wahrhaft christlichen Handelns in der deutschen Sozial- und Flüchtlingspolitik gerungen wird, dann kann man gar nicht genug dagegen protestieren, dass sich hinter diese Art Wahlplakate nun nicht nur die katholischen Bischöfe mit ihrem Hirtenwort zur Wahl gestellt haben - hier hatten wir kaum noch etwas anderes erwartet - sondern, dass sich auch die evangelischen Kirchenleitungen des Rheinlandes und von Westfalen nicht haben zurückhalten lassen, in einer geradezu erschreckenden Instinktilosigkeit den Spuren des politisierenden Katholizismus zu folgen. Auf meine erste Rückfrage, was sich denn die Kirchenleitungen bei dieser Sache gedacht hätten, habe ich die Antwort bekommen, sie hätten sich gar nichts dabei gedacht.

Zwei Männer freilich in Nordrhein-Westfalen werden sich bestimmt dabei etwas denken: der hochwürdige Erzbischof Kardinal Frings in Köln und der deutsche Bundeskanzler, Herr Dr. Konrad Adenauer. Begreift man nicht, dass eine Aufforderung, um angeblicher kulturpolitischer Vorteile willen für eine Verfassung zu stimmen, über die sich nebenbei gesagt ernsthafteste evangelische Christen sehr uneinig sind, nichts weiter bedeutet, als eine schlecht verhüllte Kanzel-Anweisung auch an den evangelischen Bevölkerungsteil, zu der Parteipolitik des jetzt amtierenden Bundeskanzlers "Ja" zu sagen? Was hat das noch mit Christentum zu tun? Ich glaube, höchstens nur noch eines: nämlich die unerbittliche Nähe zu einer Geschichte, die mir seit langem die augenblickliche Situation des offiziellen Christentums in Westdeutschland zu bezeichnen scheint, die Geschichte, in der berichtet wird, wie der Herr Christus die Wechsler und Händler aus dem Tempel treibt.

Die Bevölkerung soll sich nicht irre machen lassen. Es geht nicht um das Christentum. Das Christentum ist in Westdeutschland nur bedroht durch den Missbrauch seines Namens zu politischen Zwecken und durch

die Menschen, die bei jeder nur denkbaren Gelegenheit den Namen Gottes im Munde führen, ohne Christen zu sein. Die Wahlentscheidung von Nordrhein-Westfalen ist keine Frage nach dem künftigen Weg der politischen Entscheidungen in Westdeutschland. Unter diesem Gesichtspunkt soll jeder wählen. Alles andere ist Ablenkung und nach der Erfahrung der letzten Tage bewusste Irreführung derer, die in diesen sachlichen politischen Entscheidungen ein schlechtes Gewissen haben.

Der Schlag gegen das japanische Politbüro

sp. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie der jüngsten Geschichte, dass der Oberstkommandierende der Alliierten Mächte in Japan, der amerikanische General Douglas MacArthur, seine Massnahmen gegen das Politbüro der Kommunistischen Partei mit den Bestimmungen der Potsdamer Erklärung für Japan begründet hat. Der Brief McArthurs beginnt zwar mit "Lieber Herr Premierminister" und endet mit "Ihr aufrichtig ergebener Douglas MacArthur", aber der entscheidende Satz lautet: "Ich ordne an, dass Ihre Regierung die notwendigen administrativen Massnahmen ergreift..." Allerdings hat Premierminister Yoshida die Anweisung des Herrn Japans umso bereitwilliger ausgeführt, als sie einem lange gehegten eigenen Wunsche entspricht. Es mag ihm aber aus innerpolitischen Gründen willkommen gewesen sein, dass er einem Befehl des Generals folgen kann, der in Japan Gesetz ist.

Warum hat sich McArthur, der noch vor kurzem in einer scharfen Erklärung ein Verbot der Kommunistischen Partei als wünschenswert und wohl unumgänglich bezeichnete, mit einer halben Massnahme begnügt, die nicht viel mehr als ein Nadelstich ist? Denn die Kommunistische Partei darf, wie General Whitney, der Chef der politischen Abteilung des Obersten Hauptquartiers in Tokio ausdrücklich bestätigt hat, ein neues Politbüro wählen. Auch die bisherigen 24 Mitglieder, denen jede politische Betätigung verboten wurde, dürfen nach der gleichen amtlichen Quelle eine "Studiengruppe" bilden und "alles studieren, was sie wollen, solange sie nicht laut studieren".

Das letzte, was man dem höchst energischen Oberstkommandierenden nachsagen könnte, wäre Zaghaftigkeit. Wahrscheinlich hat er, der die Gefahr kommunistischer Unruhen in Japan in seinem Schreiben "embryonal" nennt, die Reaktion der Kommunisten wie der japanischen Öffentlichkeit erproben wollen, ehe er wirkungsvoller zuschlägt.

Die wirkliche Stärke des japanischen Kommunismus ist deshalb so schwer abzuschätzen, weil auch die Kommunisten es nicht wagen, sich mit McArthur anzulegen. Sanzo Nosaka, wohl der bedeutendste der japanischen Kommunistenführer, hat das in seiner Antwort auf die Anklage, die das Kominform gegen ihn kürzlich wegen seiner Saumseligkeit gerichtet hat, unumwunden zugegeben. Selbst Maos grosser Triumph, der doch weit über China hinaus ausstrahlt, hat dem japanischen Kommunismus keinen sichtbaren Auftrieb gegeben. Eine kommunistische Gefahr wird für Japan erst entstehen können, wenn McArthur geht. Nach den Worten des Generals wird das erst dann der Fall sein, wenn Japan einen Friedensvertrag erhalten hat. Dann aber wird sich wohl noch manches ereignen, was heute kein Mensch vorauszusagen vermag. Und dann erst wird sich in voller Masse zeigen, wie souverän dieser eine Mann, der weitaus grösste der Prokonsuln, die Amerika hervorgebracht hat, das Land regiert hat. Nosaka hat angekündigt, dass dann der Kampf um die Macht beginnt. Es wird eine schwere Prüfung werden. f.

- - -

Das lohnende Ziel

sp. Wenn am kommenden Wochenende die Vertreter der europäischen sozialistischen Parteien in London zur Beratung des Schuman-Planes zusammentreten, werden Gespräche auf dem Fundament einer auf breiter Grundlage geführten Europadebatte erfolgen. Die Denkschrift der Labour-Party wie die Erklärung der britischen Regierung und die Stimmen der Opposition im Unterhaus werden ebenso vorliegen wie die Reden im Bundestag-von der allgemeinen Presse-und Rundfunk-Diskussion ganz abgesehen. Wie sich die Vertreter der übrigen sozialistischen Parteien verhalten werden, ist noch nicht in dem gleichen Masse vorweggenommen.

Jedenfalls kann aber bereits gesagt werden, dass die europäischen Sozialisten weitgehend die Vorzeichen, unter denen gegenwärtig der europäische Zusammenschluss betrieben wird, nur sehr skeptisch betrachten bzw. sie rundheraus ablehnen. Dass die Gegenkräfte diese Tatsache mit Eifer aufgreifen würden, um ihr Neu-Europäertum umso heller erstrahlen zu lassen, ist selbstverständlich und wurde einkalkuliert. Der Umstand konnte nicht zur Aufgabe wesentlicher Grundforderungen an ein geeintes Europa führen.

Es gibt Stimmen, die sagen, wenn man im Augenblick nicht das nach den Auffassungen des freiheitlichen Sozialismus ideale Europa bekommen

könne, sollte man sich auch zunächst mit einem etwas weniger idealen begnügen und von dieser herabgesetzten Erwartung aus das Optimum anstreben. Die Zeit dränge nun einmal. Gerade in diesem Punkt setzt der eigentliche sozialistische Einwand ein: gerade weil die Zeit in der Tat sehr knapp ist, kann sich Europa Umwege, die in die Irre führen, nicht leisten.

Die europäische Idee ist eine der wenigen letzten, die heute noch, vor allem bei der Jugend, anerkannt werden und zugkräftig sind. Wird sie durch grobe Unzulänglichkeiten und fundamentale Konstruktionsfehler, die am Beginn ihrer Verwirklichung stehen, diskreditiert, so ist auch die letzte Chance vertan. Es handelt sich bei dem ganzen Problem nicht um die Frage, ob man alles sofort bekommen kann, wohl aber darum, dass bei einer so ungeheuer ernstesten Sache nichts mit in Kauf genommen werden darf, was die Keimzelle einer nicht wieder gutzumachenden Fehlentwicklung sein müsste. An ihrem Ende würde die Aufgabe des Gedankens an ein vernünftig gegliedertes und sozial beruhigtes Europa stehen.

Das allein aber ist das lohnende Ziel, kein irgendwie geartetes Ersatzeuropa. Wir sind überzeugt, dass man schon in naher Zukunft ganz allgemein denen recht geben wird, die sich nicht einfach von einer Welle mehr oder weniger kritikloser oder auch zweckbestimmter Begeisterung tragen liessen, die vielmehr kühl blieben und unnachgiebig in der Verfolgung jenes Zieles eines wirklich wertvollen und dauerhaften europäischen Zusammenschlusses.

- - -

Die Demokratie des NWDR

sp. Demokratie ist nach einem Wort T.G. Masaryks Diskussion: beide Teile müssen zu Wort kommen, sonst wird die Auseinandersetzung zu einem Monolog und die Zeiten, da nur einer gesprochen und dementsprechend gehandelt hat, liegen noch nicht allzu lange zurück.

Die Hörer, die am Dienstag eine Diskussion aus dem Bundestag hören wollten, wurden enttäuscht. Sie hörten einen Monolog, nämlich die vollständige Rede des Bundeskanzlers. Solange der NWDR noch nicht Regierungssender ist, stellt dieses Verhalten einen politischen dar. Affront gegenüber einem beträchtlichen Teil des deutschen Volkes. Denn drei Regierungsparteien, für die Adenauer sprach, haben bei den Bundeswahlen 47 % aller Stimmen erhalten. Dieses Verfahren ist höchst unfair. Die Opposition ist nicht willens, sich auf diese Weise an die Wand spielen zu lassen, indem sie mit ihren Argumenten erst so Stunden im Auszug zu Worte kommt, wenn das allgemeine Interesse schon weitgehend erlahmt ist.

Verantwortlich: Peter Raunau